

Protokoll

33. Sitzung vom 27. Mai 2013
Seite 777

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 27. Mai 2013, 19.00 Uhr – 20.35 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	31 Mitglieder des Gemeinderats, der Stadtrat, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin (Protokoll), Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv. (Protokoll) und Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Andreas Gut (Krankheit), Kuno Spirig (Beruf), Beat Wiederkehr (Privat), Albert A. Stahel (Beruf)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Weisung 27, vom 22. Oktober 2012, betreffend Umbau/Neuerschliessung Theater Ticino, Änderung der Darlehensbedingungen und Investitionsbeitrag
3. Postulat der SP-Fraktion, vom 25. März 2013, betreffend unentgeltliche Benützung städtischer Infrastruktur für die Jugendarbeit von Wädenswiler Vereinen; Begründung
4. Postulat der CVP-Fraktion, vom 5. April 2013, betreffend Schuldenbremse; Begründung
5. Postulat der FDP-Fraktion, vom 22. April 2013, betreffend Überprüfung und Vereinfachung des Systems der Nutzungsgebühren/Mieten von Vereinen resp. Unterstützung durch die Stadt; Begründung
6. Interpellation der FDP-Fraktion, 8. Dezember 2012, überwiesen am 28. Januar 2013, betreffend langfristige Kreditvereinbarungen der Stadt Wädenswil - Konsequenzen und Lehren aus dem Debakel; Beantwortung
7. Interpellation der GP-Fraktion, vom 28. Januar 2013, überwiesen am 25. März 2013, betreffend Seeuferweg Seeplatz – Giessen; Beantwortung
8. Einbürgerung:
 - SARVAN Dušan mit seiner Ehefrau Nada, geb. Jovancic und der Tochter Aleksandra, kanadische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, General-Wermüller-Strasse 30

Die Traktandenlisten wurde rechtzeitig amtlich in der ZSZ publiziert.

Aufgrund der Abwesenheit von Stimmzähler Kuno Spirig muss ein Tagesstimmzähler gewählt werden. Das Büro schlägt Hanspeter Andreoli vor. Der Vorschlag wird nicht erweitert.

1. Mitteilungen

Fraktionserklärung Grüne

Rita Hug, GP, führt aus, dass die Grüne Fraktion am 28. Januar 2013 zu Händen des Stadtrats eine Interpellation betreffend geplanter Erweiterung des Golfplatzes Beichlen begründet und überwiesen habe. Die Grünen hätten mit einem umfangreichen Fragenkatalog vom Stadtrat aus erster Hand erfahren wollen, wie er sich zu dem Golfplatzprojekt stelle und was für Konsequenzen eine 18-Loch-Anlage für Menschen, Tiere und Natur haben würde. Seit her seien vier Monate vergangen, und der Stadtrat sei seiner Pflicht, über städtische Angelegenheiten Auskunft zu geben, nicht nachgekommen. Leider habe es der Stadtrat nicht für nötig gehalten, sich an das Geschäftsreglement des Gemeinderats zu halten und er habe weder ein Gesuch für Fristerstreckung gemacht noch sich für seine Verspätung entschuldigt.

Aber das heisse nicht, dass der Stadtrat in der Zwischenzeit in dieser Sache nicht aktiv geworden sei. Sehr verwundert seien sie am 14. Mai 2013 gewesen, als in der Zürichsee-Zeitung zu lesen war, dass der Wädenswiler Stadtrat die Planung für den Golfplatz vorantreibe. Er bekenne sich zu einer 18-Loch-Anlage die die Migros dort bauen wolle. Als sie diesen Zeitungsartikel gelesen habe, sei ihr spontan ein Spruch ihres jüngsten Sohns in den Sinn gekommen, der jeweils sage wenn ihm etwas sehr suspekt sei: „Was läuft da?“

Sie könne sich sehr wohl vorstellen, dass es viel spannender sei, mit Grossinvestoren zusammen zu sitzen und eine 18-Loch-Golfanlage zu planen als eine Interpellation von vier Grünen Gemeinderäten zu beantworten. Sie finde es aber schon allherhand, dass der 7-köpfige Stadtrat weder die 35 Gemeinderäte über dieses Projekt informiere, und noch viel schlimmer, kein Wort über dieses Vorhaben an die 20'907 Wädenswilerinnen und Wädenswiler verliere. Man hatte in den letzten Jahren einige grössere Projekte in Wädenswil gehabt, zu denen die Bevölkerung Stellung nehmen konnte und die in Ausstellungen vorgestellt wurden. Alle hätten Pläne einsehen und ihre Meinung dazu sagen können. Man habe „Smilies“ oder „Lätschlies“ auf Tafeln anbringen und sich für oder gegen einen Leuchtturm, ein Hochhaus oder eine Wolken-Welle entscheiden können oder ob der Seeplatz gelbes oder schwarzes Kies haben soll. Eine 18-Loch-Golfanlage sei von der Fläche her ein Vielfaches der Projekte die in den letzten Jahren vorgestellt wurden und der Stadtrat hat es bis anhin nicht für nötig gehalten, die Bevölkerung zu informieren.

Sie würden sich fragen, ob der Stadtrat ein Projekt unterstütze, von dem er selber nicht recht wisse, wie es aussehen soll oder wisse der Stadtrat wie es aussiehe, aber er möchte aus irgend einem Grund nicht darüber informieren? Wenn der Stadtrat Zeit für Presseerklärungen habe, sollte es sicher auch möglich sein, die Interpellation zu beantworten. Darum frage sie nochmals, sehr geehrte Stadträte „Was läuft da?“

Fraktionserklärung FDP

Peter Schuppli, FDP, möchte im Namen der FDP-Fraktion eine Anmerkung zur letzten Gemeinderatssitzung machen.

Wie sich alle erinnern können, habe die Fraktion dem Stadtrat damals ein Postulat betreffend Strandbad Rietliau eingereicht. Nicht zum ersten Mal sei in einem Vorstoss Kritik an der Führung, den Öffnungszeiten und der Qualität im Strandbadrestaurant geübt worden. Dies sei erfolgt, weil spürbare und nachhaltige Verbesserungen bislang leider bedauerlicherweise ausgeblieben seien. Genau darum habe die FDP-Fraktion erneut ein Postulat zu der anhaltend unbefriedigenden Situation eingereicht und begründet.

Offenbar sei sich der für die Bäder in Wädenswil und der Rietliau zuständige Stadtrat nicht bewusst, dass das Strandbad noch immer weit entfernt von der Bezeichnung „Bijou am Zürichsee“ sei und dass im Sträme bedeutendes Steigerungspotential brach läge. Denn wie anders sei seine Reaktion nach der Überweisung ihres Postulats zu erklären, wo er sich säuerlich und in herablassender Art geäußert habe, dann nehme der Stadtrat auch den 256 Vorstoss zu diesem Thema entgegen. Hallo? – wenn im Strandbad endlich sichtbare Taten gefolgt wären, hätte sich dieses Postulat erübrigt.

Sonst durchaus geschätzter Stadtrat: Er bitte inskünftig auf Augenhöhe, mit dem nötigen Respekt und Anstand mit dem Gemeinderat zu verkehren, so wie dies unter zivilisierten Leuten erwartet werden dürfe, üblich und normal sei.

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer informiert den Rat, dass dieses Jahr kein Gemeinderatsausflug stattfinden werde, dafür werde das Budget des Nachfolgers doppelt so hoch ausfallen, der Grund dafür liege aber nicht an ihrer Parteizugehörigkeit, sondern schlicht darin, dass das geplante Abendprogramm erst am 7. Februar 2014 stattfinden werde. Sie würde den Rat bitten, sich diesen Termin bereits zu notieren, da dieser in der Zeit der Wahlen 2014 liege.

1.1 Eingänge

- Einladung zum grow Apero
- Schriftliche Anfrage der GP-Fraktion, vom 29. April 2013 (Eingang 14.05.2013), betreffend Bau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden
- Schriftliche Anfrage der GP-Fraktion, vom 2. Mai 2013 (Eingang 14.05.2013), betreffend Energieberatung für Privatpersonen und KMU
- GR-Protokoll der Sitzung vom 25. März 2013
- Einladung zur GR-Sitzung vom 27. Mai 2013
- Protokoll-Auszug Büro Gemeinderat vom 14. Mai 2013 betreffend Einreichung von Vorstössen und Unterschriftenregelung
- Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion, vom 12. Mai 2013, betreffend Sprayereien, wilde Abfallentsorgung, Sachbeschädigung
- Beantwortung der Interpellation der GP-Fraktion, vom 28. Januar 2013, überwiesen am 25. März 2013, betreffend Seeuferweg Seeplatz – Giessen
- Broschüre Easyvote für die Abstimmung vom 9. Juni 2013

- Beantwortung der Interpellation der FDP-Fraktion vom 8. Dezember 2012, überwiesen am 28. Januar 2013, betreffend langfristige Kreditvereinbarungen der Stadt Wädenswil – Konsequenzen und Lehren aus dem Debakel
- Postulat der CVP-Fraktion, vom 22. April 2013, betreffend Definierung von Rahmenbedingungen für einen Mindestanteil günstigen Wohnraums in Gestaltungsplänen
- Schriftliche Anfrage der CVP-Fraktion, vom 29. April 2013, betreffend Zivilschutzorganisation
- Postulat der FDP-Fraktion, vom 22. April 2013, betreffend Überprüfung und Vereinfachung des Systems der Nutzungsgebühren/Mieten von Vereinen resp. Unterstützung durch die Stadt
- Weisung 29, vom 8. April 2013, betreffend Revision der Abfallverordnung
- Postulat der CVP-Fraktion, vom 5. April 2013, betreffend Schuldenbremse

1.2 Überweisungen

Die Weisung 29, vom 8. April 2013, betreffend Revision der Abfallverordnung wurde der Sachkommission zur Vorberatung überwiesen.

2. Protokollabnahme

Das Protokoll der Sitzung vom 25. März 2013 wird genehmigt.

34.01

3. Weisung 27, vom 22. Oktober 2012, betreffend Umbau/Neuerschliessung Theater Ticino: Änderung der Darlehenskondition und Investitionsbeitrag

Eintretensdebatte:

Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Christina Zurfluh Fraefel, votiert, dass die Weisung der GRPK am 13. Dezember 2012 von Stadtpräsident Philipp Kutter und Stadtrat Finanzen Paul Rota präsentiert worden sei. Ebenso seien Walter Zeller, Präsident Wädenswiler Kulturstätten und Ueli Burkhardt, Leiter Theater Ticino vor Ort gewesen. Ein offizieller Dank an die vier Herren für die Präsentation und auch für die Beantwortung der Fragen im Nachgang.

Seit 2001 befinde sich die Liegenschaft an der Seestrasse 57 im Besitz der Stiftung Wädenswiler Kulturstätten; ein Umbau sei im selben Jahr vorgenommen worden. Durch den Abriss der angrenzenden Sträulifabrik hätten nun Lagermöglichkeiten gefehlt und es seien Lösungen mit der Tuwag gesucht worden. Die SOB sei involviert, man habe Vereinbarungen mit sämtlichen Nachbarn getroffen, einen Architekten beauftragt und im Juni 2012 sei die Baubewilligung eingetroffen.

Der Stadtrat halte das Theater Ticino für eine unterstützungswürdige Institution. In den letzten 30 Jahren habe sich das Theater einen festen Platz im kulturellen Angebot von Wädenswil erarbeitet. Laut Kanton habe das Theater eine besondere Ausstrahlung von künstler-

rischem Wert und sei auch ein kultureller Leuchtturm. Der Kanton werde sich voraussichtlich mit Fr. 300'000.-- beteiligen, wenn die Stadt Fr. 150'000.-- in den Umbau investieren würde.

Die finanziellen Fakten der Weisung habe man bereits gehört. Einerseits die Änderung der Darlehenskondition von aktuell 5% auf den mittleren Hypothekarzinssatz für Mietobjekte. Hier müsste es korrekt heissen: "Vom Bund publizierter hypothekarischer Referenzzinssatz bei Mietverhältnissen". Dieser werde jeweils im Januar festgelegt und betrage aktuell 2.25%.

Die Stadt als Darlehensgeberin dieser Fr. 900'000.-- hatte als Sicherheit einen Inhaberschuldbrief und nicht eine Grundpfandverschreibung, wie in der Weisung aufgeführt sei. Dieser stehe gemäss Auskunft nicht mehr im 1. Rang, sondern im 2. Rang.

Die GRPK unterstütze die Würdigung des Theaters durch den Stadtrat und sei ebenfalls der Meinung, dass dem Theater eine Form der Unterstützung gewährt werden solle. Somit sei die einstimmige GRPK für Eintreten auf Weisung 27.

Die einstimmige GRPK sei für Zustimmung zur Weisung 27 mit folgendem Änderungsantrag zur Ziffer 1: Die Formulierung sei von "mittlerer Hypothekarzinssatz für Mietobjekte" auf "hypothekarischer Referenzzinssatz bei Mietverhältnissen" zu ändern.

Eine Mehrheit der GRPK sei der Ansicht, dass die Stiftung das Darlehen der Stadt nach ihren betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten zurückzahlen müsse.

Eine Minderheit der GRPK erachte es als sinnvoll, einen Drittel des durch die Reduktion des Zinssatzes frei werdenden Betrags als Amortisation der Darlehen zu verwenden, aktuell ca. Fr. 8'000.-- p.a.

Ivo Peyer, BFPW, teilt mit, dass das Bürgerliche Forum Positives Wädenswil für Eintreten auf diese Weisung sei. Eine detaillierte Stellungnahme ihrerseits gebe es in der Detailberatung.

Walter Münch, FDP, führt aus, dass das Theater Ticino ein wichtiger kultureller Bestandteil von Wädenswil und über die Stadtgrenze bekannt und beliebt sei. Die FDP schätze und würdige das Engagement der Verantwortlichen des Ticino und sei der Meinung, dass die geplanten baulichen Massnahmen notwendig seien, um einen effizienten Theaterbetrieb zu führen.

Wichtig sei, dass der Beitrag vom Kanton, aus dem Lotteriefonds von rund Fr. 300'000.-- auch definitiv ausbezahlt werde. Der diesbezügliche Entscheid des Kantons sei bei der Verabschiedung des Berichts in der GRPK noch nicht bekannt gewesen. Gemäss der Antwort vom Lotteriefonds von heute Morgen sehe es so aus, dass an der nächsten Sitzung, welche vor der Sommerferien geplant sei, der Regierungsrat dieses Thema behandeln werde und den Betrag freigegeben werden solle. Dies wären insofern positiv News vom Lotteriefonds, da es wichtig ist, dass dem Ticino einen solchen Betrag zu Verfügung stehe. Die FDP sei für Eintreten auf die Weisung.

Stadtpräsident Philipp Kutter, dankt der GRPK für die sachliche und seriöse Behandlung des Geschäfts. Sie habe sich wirklich sehr gründlich mit diesem Anliegen auseinandergesetzt. Das Anliegen sei, dass die Stadt dem Theater Ticino aus Anlass des Umbauvorhabens wieder unter die Arme greife.

Das Ticino feire im Jahr 2014 ihr 30-jähriges Jubiläum und während dieser Zeit sei das Ticino von denselben Personen geführt worden. Der Stadtrat sei der Ansicht, dass das Ticino ein sehr wichtiger Bestandteil des Kulturlebens in Wädenswil sei und aus verschiedenen Quellen höre man, dass es der einzige Grund sei, warum man auch in Wädenswil in den Ausgang gehe, wenn man in Zürich wohne. Aus diesen Gründen habe der Stadtrat ganz klar die Haltung, dass man das Ticino so weit wie möglich unterstützen wolle. In der Liegenschaft vom Seifen-Sträuli hätten sie ihre bisherigen Lagerräume abgeben müssen.

Sie seien an die Stadt gelangt mit der Anfrage um Unterstützung, einerseits mit einem à-Fonds-perdu Beitrag und andererseits mit der Anpassung der Hypotekarzinsbestimmungen. Der Stadtrat finde dies angemessen und würde gerne dem Gemeinderat beantragen, dies so zu unterstützen. Er freue sich, wenn man auf diese Art und Weise dazu beitragen könne, dass das Ticino auf sicheren Füßen stehe, einerseits betrieblich und andererseits finanziell.

Er möchte damit auch erreichen, dass das Ticino mit den Darlehen der Stadt, auch in Zukunft mit einem Rückzahlplan zurückzahlen könne. Er glaube dies gehöre zur Zukunft eines jeden Betriebs, die Schulden in überschaubarer Mass halten zu können.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 27.

Detailberatung:

Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungskommission Christina Zurfluh Fraefel, gibt an, dass sie kurzfristig am Freitag erfahren habe, dass man über den Mehrheits- und Minderheitsantrag nicht abstimmen könne.

Der Bericht und Antrag sei seit zwei Monaten auf der Verwaltung gewesen und die Mitteilung am vergangenen Freitag sei einfach zu kurzfristig gewesen um reagieren zu können.

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer teilt mit, dass offenbar der Informationsfluss nicht richtig funktioniert habe. Ihr Wissenstand sei, dass man doch über den Mehrheits- bzw. Minderheitsantrag abstimmen werde.

Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungskommission Christina Zurfluh Fraefel, sagt, dass eine Mehrheit der GRPK der Ansicht sei, dass die Stiftung das Darlehen der Stadt nach ihren betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten zurückzahlen solle.

Eine Minderheit der GRPK erachte es als sinnvoll, einen Drittel zu definieren.

Adrian Stucki, GP, teilt mit, dass das Ticino aus Wädenswil nicht mehr wegzudenken sei. Ob mit Kindern beim Muggenstutz, beim alljährlichen Poetryslam, bei der Gruppe von Donald Trump – viele Stunden hätten Wädenswiler und sicher auch viele Auswärtige auf den Stufen des Ticinos lachend, weinend, staunend, geniessend oder hörend verbracht. Stunden, welche seiner Ansicht nach das Leben extrem bereichern würden. Dass man dies geniessen dürfe, sei auf der einen Seite auch diversen Geldgebern zu verdanken – der Stadt oder dem Kanton, aber auch vielen Privatpersonen. Ein grosser Teil sei aber sicher dem extrem grossen Engagement von Ueli Burkard und seinen Mitarbeitern und Freiwilligen zu verdanken. Man benötige also Geld auf der einen Seite, aber auch einen riesigen Teil an Arbeit auf der anderen Seite. Müsste man diese Arbeit nach wirtschaftlicher Regelung entlöhnen, wäre der Betrieb vom Ticino einiges teurer. Engagement könne man nicht nur monetär entlöhnen, sondern auch mit Vertrauen. Und dieses würde sicher nicht gefördert, wenn man der Leitung die Flexibilität nehme, in dem man wirtschaftliche und finanzielle Regelung vorgebe. Vor allem wenn es sich um relativ geringe Beträge handle, und mit geringe meine er nicht gering für die Stadtkasse sondern eben gering im Vergleich zum Geleisteten.

Die Grünen würden schon lange sagen, dass nicht die tiefen Steuern wichtig seien für eine Stadt, sondern das kulturelle Angebot, womit man mit dem Ticino sehr gut bedient sei. Also soll man doch bitte dieses grosse Engagement honorieren und sage "Ja" zu einem Umbau und vor allem zur einen flexiblen Verwendung der freigewordenen Gelder. Die Grünen seien ohne Auflagen für die Zustimmung zur Weisung.

Ivo Peyer, BFPW, erklärt, dass es in der Weisung um zwei verschiedene Punkte gehe:

Als erstes stehe der Investitionsbeitrag von Fr. 150'000.-- für den Umbau des Theater Ticino zur Diskussion. Für das Forum mache dieser Umbau Sinn, da die zu erstellenden Lager- räumlichkeiten für den Betrieb des Theaters von Vorteil seien. Berücksichtige man zudem, dass der Beitrag des Kantons bzw. des Lotteriefonds Fr. 300'000.-- sei – im Normalfall derselbe Betrag wie die Gemeinde – müsse man diesen à-Fonds-perdu sprechen. Das Forum hoffe, dass diese Gelder auch wirklich fliessen, damit der Umbau wie geplant durchgeführt werden könne. Das BFPW habe vollstes Vertrauen in die involvierten Personen, dass die Umbaukosten eingehalten werden können.

Zweitens gehe es um die Senkung des Darlehenszinssatzes von bisher 5% auf den mittleren Hypothekarzinsatz. Auch die Anpassung auf das heutige Zinsniveau würden sie unterstützen. Sie vom Bürgerlichen Forum Positives Wädenswil würden aber wollen, dass die Stiftung Wädenswiler Kulturstätten nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten das Darlehen amortisiere, wie es die Mehrheit der GRPK wünsche, sondern das 1/3 des freiwerdenden Betrags als Amortisation herangezogen werde. In der aktuellen Situation wäre dies ein Amortisationsbetrag von ca. Fr. 8'000.--. Auf eine detaillierte Berechnungsvorlesung verzichte er an dieser Stelle.

Die Stadt Wädenswil könne – bevor sie der Stiftung Wädenswiler Kulturstätten den jährlichen Beitrag überweise – die Zinskosten und die Amortisation in Abzug bringen, und den Restbetrag überweisen. So habe sie die Gewissheit, dass die Zinsen und Amortisationen bezahlt seien. Im E-Mail sei ihnen Angst gemacht worden, dass man so eine Stiftung bis auf den Konkurs betreiben müsste. Das wäre in einem solchen Fall sicher nicht so. Weiter sei mit dieser Regelung dem Umstand Rechnung getragen, dass wenn der Zinssatz einmal sehr stark steigen sollte, und die jährlichen Beiträge wieder genau die Zinskosten ausmachen, keine Amortisation mehr geleistet werden müsste.

Mit dieser neuen Regelung habe die Stiftung mehr Gelder als jetzt für den Betrieb zur Verfügung. Weiter spare die Stiftung nach dem Umbau diverse Mieten von Lagerräumlichkeiten, welche bisher zugemietet worden seien.

Aus diesen Gründen sei das BFPW für den Minderheitsantrag bezüglich den Abschreibungen.

Walter Münch, FDP, votiert, wie bereits durch Christina Zurfluh Fraefel angesprochen worden sei, seien in der Weisung gewisse Punkte nur sehr oberflächlich und nicht präzise formuliert, wie beispielsweise der Referenzzinssatz, die Sicherheit und die Aussage betreffend Amortisation in nützlicher Frist. Es wäre natürlich schon wünschenswert, wenn der Stadtrat und die Verwaltung sich zukünftig bei der Ausarbeitung von Weisungen mehr Mühe geben würde.

Das Theater Ticino habe eine überregionale Ausstrahlung und es kämen viele Bewohner aus Nachbargemeinden dafür nach Wädenswil. Schade sei, dass sich die reichen Nachbargemeinden und Kantone nicht auch finanziell am Ticino beteiligen wollen. Man habe vom Stadtrat bei der Vorstellung in der GRPK gehört, dass man diesbezüglich auf andere Gemeinden und Kantone zugegangen sei. Er möchte daher den Stadtrat nochmals auffordern, diese Gespräche nochmals zu suchen.

Wie alle wissen würden, sei der erfolgreiche Betrieb und die Zukunft des Ticinos sehr personenabhängig, denn gerade bei Stiftungen verlange das Obligationenrecht eine entsprechende Risikobeurteilung. Diese sei gemacht worden und habe die personellen Risiken nur als Mittel und mit einer tiefen Dringlichkeitstufe beurteilt. Es seien auch keine Massnahmen zur Verminderung von personellen Risiken definiert worden. Er möchte die Verantwortlichen nochmals darauf hinweisen, die nötigen Massnahmen baldmöglichst zu definieren. Es gehe auch darum die Investition der Stadt zu schützen.

Sie von der FDP möchten den Handlungsspielraum vom Theater Ticino nicht wirklich einschränken, aber auch sie würden erwarten, dass ein Teil des Betrags der durch die Reduktion des Zinssatzes frei werde, rund Fr. 27'000.--, für die Amortisation des Darlehens eingesetzt werden solle. Die FDP-Fraktion unterstütze also den Minderheitsantrag der GRPK.

Christian Gross, SP, erklärt, wenn ein Verein oder eine Institution finanzielle Hilfe der Stadt in Anspruch nehmen möchte, müsse man dies immer auf zwei Dimensionen betrachten. Erstens was der Nutzen für Wädenswil sei, also inwiefern sich die Lebensqualität erhöhe und zweitens ob der Verein sich aus reiner Bequemlichkeit an die Stadt wende? Betreffend das Theater Ticino könne man die erste Frage einfach beantworten. Dafür könne man sich die Antwort vom Regierungsrat zur Hand nehmen, welcher über das Ticino vom „kulturellen Leuchtturm“ spreche, oder der Lotteriefondsbeitrag, welcher doppelt so hoch sei, wie der Beitrag der Stadt. Auch das zeige, dass das Ticino auch über die Stadtgrenze sehr hoch geschätzt werde. Der Förderverein habe 800 Mitglieder in Wädenswil, einer der grössten Vereine hier, was wiederum die Wertschätzung zeige. Zu 80% sei das Ticino besucht, im Vergleich mit andern Theatern enorm viel. Es sei also sicher eine Institution, welche die Lebensqualität in Wädenswil gewaltig erhöhe.

Die Anfrage sei bestimmt auch nicht aus Bequemlichkeit entstanden, denn das Ticino sei nur lebensfähig da 15 Personen Gratisarbeit leisten würden. Bei der Anfrage an den Stadtrat sei das Projekt bereits weit fortgeschritten gewesen, mit diversen Parteien seien schon Verhandlungen geführt worden, man habe auch bereits das Überbaurecht mit der SOB geklärt, die Baubewilligung sei ebenfalls schon lange eingetroffen – es werde also nicht zuerst auf das Geld gewartet, bevor etwas passieren würde.

Warum müsse man nicht festschreiben, wie viel vom Darlehen zurück bezahlt werden müsste? Man sehe doch klar, dass das Ticino ihr eigenes Interesse daran habe, das Darlehen zurückzuzahlen. Er finde es daher etwas komisch, dass das Bürgerliche Forum Rückzahlungen eben nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten wolle. Er schliesse daraus, dass das Forum möchte, dass mehr als das betriebswirtschaftlich Mögliche zurückbezahlt werde und da frage er sich schon, wie das funktionieren solle. Darum empfehle er wärmstens sich dem Mehrheitsantrag der GRPK anzuschliessen.

Berti Stocker, EDU, teilt mit, dass die Stadt Wädenswil stolz sei, mit dem Theater Ticino ein Kulturangebot anbieten zu können, das nicht nur für Wädenswil eine grosse Bedeutung habe, sondern aus nah und fern begeisterte Theaterbesucher und -Freunde anziehen würde.

Damit dieses Kulturlokal weiterhin im bisherigen Umfang und mit der nötigen Infrastruktur betrieben werden könne, findet es die EVP/EDU-Fraktion wichtig, dass die Stadt diesen An- und Umbau mit dem nötigen Darlehen unterstütze. Auch unterstütze sie die Mehrheit der GRPK, dass die Stiftung das Darlehen der Stadt nach ihren betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten zurückzahlen solle.

An dieser Stelle möchte sie auch die ehrenamtliche Arbeit würdigen, die zugunsten des Theaterbetriebs geleistet werde.

Stadtpräsident Philipp Kutter, sagt, es sei eine Tatsache sei, dass das Ticino eine Bedeutung über Wädenswil hinaus habe und natürlich nehme er den Hinweis betreffend Gesprächen mit Nachbargemeinden gerne auf. Bei den letzten Anläufen – er sei damals noch nicht

dabei gewesen – seien diese nach dem Grundsatz, jeder habe seine eigenen Lasten, ein bisschen im Sand verlaufen. Es stimme aber, dass etwas in Bewegung gekommen sei, es seien Verträge zwischen dem Kanton Zürich und dem Kanton Zug, in Bezug auf Taggeld von Kulturinstitutionen gemacht worden.

Es sei tatsächlich sehr aussergewöhnlich, dass der Kanton mehr als die Gemeinde zahlen würde, was wiederum sehr für den Stellenwert vom Ticino im ganzen Kanton spreche.

Nun zum Punkt, welcher zu den zwei verschiedenen Anträgen in der GRPK geführt habe. Sie vom Stadtrat seien – ebenfalls in Rücksprache mit der Leitung des Ticinos – der Meinung, dass sie die mehrheitliche Position der GRPK unterstützen würden. Im Ziel seien sich alle einig, man würde wollen dass das Ticino das Hauptdarlehen zurückzahlen soll. Es soll aber so passieren, dass es den Betrieb nicht allzu sehr belasten würde.

Sollte aber der Minderheitsantrag obsiegen, würde dies natürlich ernst genommen werden und in die Ausfertigung der Verträge miteinfließen.

Abstimmung Gegenüberstellung Mehrheitsantrag – Minderheitsantrag (mit Stimmenzähler):

Der Rat stimmt mit 16:15 (Stichentscheid Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer) dem Mehrheitsantrag zu.

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt grossmehrheitlich der Weisung 27 zu.

28.03.15/35.03

4. Postulat der SP-Fraktion, vom 25. März 2013, betreffend unentgeltliche Benützung städtischer Infrastruktur für die Jugendarbeit von Wädenswiler Vereinen; Begründung

Beatrice Gmür, SP, fragt, wer vom Rat ein Kind habe, welches in einem Wädenswiler Verein mitmache oder mitgemacht habe? Das seien sicher ganz viele. Und wer im Saal bekleide – ausser in der Partei – eine Vereinsfunktion? Dies dürften dann nicht mehr ganz so viele sein. Profitieren würden alle gerne von Vereinen, aber das Mitarbeiten sei etwas anderes. Wer schon mal selber eine Nachfolge für eine Vereinsfunktion gesucht habe, wisse wie schwer das sei. Daher schätze man umso mehr all diejenigen, die in einem Verein mitarbeiten würden.

Im Rat werde gerne das Hohelied der Vereine gesungen, wie es die Lebensqualität erhöhe und was für eine tolle Arbeit die Vereine für die Förderung, für die Integration und für die Beschäftigung machen würde. Auch der Stadtrat singe jeweils gerne dieses Lied. Reden sei eines, Handeln etwas anderes. Es wäre schön, würde man heute handeln und nicht nur darüber sprechen.

Das Postulat für die unentgeltliche Benützung städtischer Infrastruktur für die Jugendarbeit von Wädenswiler Vereinen sei gerecht, unbürokratisch und moderat. Es sei gerecht, weil alle Vereine welche für die Jugend etwas auf die Beine stellen, profitieren würden. Nicht nur die Sportvereine sondern auch beispielsweise die Musikvereine. Es sei unbürokratisch, da es keine komplizierten Abgleichungen oder Berechnungsformeln verlangen würde und die Vereine unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung zusätzliche Kosten und der Stadt mehr Arbeit aufhalsen würden. Moderat sei es, da es nicht verlangen würde, dass Vereine für alle ihre Tätigkeiten alles gratis bekommen würden, obwohl dies in Nachbargemeinden so gehandhabt werde. Sie verlange nur, dass für die Jugendarbeit und nur für die Haupttätigkeit der Vereine die Infrastrukturen gratis sein solle, zum Beispiel das Hallenbad für die Juniorentrainings des Schwimmvereins oder die Aula für die Proben des Aspirantencorps.

Sie hoffe, dass der Rat heute Abend den Vereinen "Dankeschön" sage, für die grosse Freiwilligenarbeit und das nicht mit Worten, sondern mit Taten.

Stadtpräsident Philipp Kutter führt aus, dass die Idee immer wieder formuliert worden sei und es bis heute in Wädenswil nie ganz ans Ziel geschafft habe. Die Jugendförderung in Wädenswil würde seit mehreren Jahren existieren und stehe auf folgenden Pfeilern: Zum einen habe man den IWS-Beitrag, den der Rat in dieser Legislatur habe auf Fr. 180'000.-- erhöht habe, die Altpapiersammlung, welche ausschliesslich den Vereinen zur Verfügung stehe, welche in der Jugendförderung tätig seien, drittens sei es die Möglichkeit Einzelgesuche bei der Stadt einzureichen und zum Schluss noch die vergünstigten Tarife bei der Miete von Infrastrukturen. Er möchte beliebt machen, dass man an diese Säulen festhalten soll und dieses Postulat nicht überweisen soll.

Die verlangten Preise für die Infrastrukturen seien sehr moderat und sicher sozialverträglich. Er habe sich die Benützungsgebühren der Sporthallen angeschaut. Eine Stunde Dreifachturnhalle kostet für ein Training mit Jugendlichen Fr. 180.-- pro Jahr. Was eigentlich eine verträgliche Belastung für einen Verein bedeute. Natürlich könne man nun darüber argumentieren, ob es richtig sei, dass man wegen Fr. 180.-- eine Rechnung verschicke, da könne man aber ins Feld führen, dass es natürlich kumuliert schon grössere Beträge seien, da viele Vereine mehrere Hallen an mehreren Tagen benutzen würden.

Für sie und für die Vorgänger, welche diese Regelung eingeführt hätten, hätten die moderaten Mieten einen gewissen Effekt. Man überlege sich eher, ob diese Infrastruktur benötigt werde oder nicht. Es sei wichtig und richtig, dass sich die Vereine diese Fragen stellen würden, denn wenn etwas gratis sei, nehme man es gerne ohne zu brauchen.

Er bitte den Rat, das Postulat nicht zu überweisen.

Schlussabstimmung:

Der Rat lehnt die Überweisung vom Postulat der SP-Fraktion, vom 25. März 2013, betreffend unentgeltliche Benützung städtischer Infrastruktur für die Jugendarbeit von Wädenswiler Vereinen grossmehrheitlich ab.

10.03.20

5. Postulat der CVP-Fraktion, vom 5. April 2013, betreffend Schuldenbremse; Begründung

Marc Lütolf, CVP, erklärt, dass er seit etwa neun Monate im Gemeinderat sei und schon über stattliche finanzielle Beträge habe mitbestimmen könne. Schnell habe sich bei ihm die Frage gestellt, in welchem Rahmen finanzielle Beschlüsse gefasst werden können. Wie er gelernt habe, via Parlament als Weisung wie zum Beispiel grow, IWS, Beichlen und das neue Schulhaus, zum anderen Projekte unter Fr. 200'000-- durch den Stadtrat selber, wie zum Beispiel der neue Pavillon.

Ein paar davon seien im Budget schon vorgemerkt, die anderen als neue Posten. Manchmal könne es passieren, dass Ausgaben getätigt werden, die das Parlament nur abnicken könne, wie zum Beispiel der Schulpavillon in der Au. Das Budget werde dann dementsprechend angepasst. Wenn Neuausgaben zu gross seien, würde dies zu Lasten der Reserve gehen falls möglich, oder der Steuerfuss würde angepasst. So weit, so gut. Und wie könne verhindert werden, dass die Neu-Verschuldung nicht ständig zunehme oder der Steuerfuss kontinuierlich angepasst werden müsse?

Die Stadt habe aus Sicht der CVP-Fraktion durchaus geeignete Mittel definiert, um einen ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten. Das Ziel vom ausgeglichenen Haushalt mit einem Selbstfinanzierungsgrad im zehnjährigen Mittel von 100%, wäre aus ihrer Sicht durchaus geeignet. Nur liege der langfristige Mittelwert momentan bei aktuell 80%.

Um zu verhindern, dass sich der Mittelwert noch weiter reduziere, würden sie wünschen, dass gewisse Eckwerte verbindlicher festgelegt werden. Würden die Eckwerte nicht eingehalten, solle dies zwingend eine Korrektur auslösen. Zum Beispiel, wenn der Selbstfinanzierungsgrad von 100% über zehn Jahre nicht eingehalten würde oder dass die maximale Gesamtverschuldung nicht höher sein dürfe, als der jährliche Steuerertrag.

Der CVP sei es ein grosses Anliegen, dass die städtischen Finanzen im Lot blieben. Aber was sage er da – es sei wahrscheinlich allen im Saal ein Anliegen, dass dies so bliebe. Sie seien sich wohl aber nicht ganz einig, wie das so bleiben solle – weniger Ausgaben oder höhere Einnahmen. Deshalb würden sie wollen, dass mit dem Postulat Schuldenbremse die Diskussion anstosse, ob man nicht in der Zukunft noch ein wenig stärker priorisieren könne bei allen Anliegen und was ein geeigneter Weg sei, um die Finanzen in Zukunft auch weiterhin im Lot zu halten.

Stadtrat Finanzen Paul Rota, sagt, dass der Stadtrat nicht bereit sei das Postulat entgegenzunehmen. Er sei der Meinung, dass man im Rat genug ernsthaft und regelmässig über die Eckwerte diskutiere, was auch immer sehr ernst und seriös gemacht werde, einerseits mit dem mittelfristigen Finanz- und Entwicklungsplan und ganz sicher auch mit dem jährlichen Budget. Der Stadtrat sei der Meinung, dass alle wüssten, was eine ausgeglichene Rechnung aber auch eine maximale Nettoverschuldung sei und letztendlich auch als Folge davon der Steuerfuss betroffen sein werde. Man habe dies immer in einer gesunden „Streit-

kultur“ festlegen können und er sei der Meinung, dass das Instrument der Schuldenbremse etwas über das Ziel hinausschiesse.

Adrian Stucki, GP, erklärt, dass die CVP massgeblich in den letzten Jahren dazu beigetragen habe, dass der Steuerfuss der politischen Gemeinde gesenkt worden sei. Für die Rechnung 2011 hatte die CVP eine Steuerfussenkung von 4% beantragt, daher sei er nun erstaunt, dass dieses Postulat ausgerechnet von dieser Partei komme. Aus dieser Strategie werde er leider nicht schlau. Das wäre wie wenn er seiner Frau sagen würde, er wolle nur noch 60% arbeiten und wenn das Geld dann fehle, esse man halt einfach nur noch Kartoffeln. Ein kleines Rechenbeispiel: Ohne die 6% Steuersenkungen wäre der Selbstfinanzierungsgrad in der Mitte der letzten drei Jahre 126% anstelle von 100% und hätte somit zum stark zum Zehnjahresmittel beigetragen.

Im Grundsatz finde er das Postulat gar nicht schlecht, denn ein gesunder Finanzhaushalt bestehe immer aus zwei Seiten, Ausgaben und Einnahmen. Und diese müssten im Lot sein. Der Einbau von gewissen Frühindikatoren, die ein Ungleichgewicht aufzeigen würden, sei sicher nicht verkehrt. Aber liebe CVP, eine Gemeinderechnung sei ein fragiles Gebilde, da könne man nicht mit Hauruck-Übungen Steuern um 4% senken und dann noch meinen, das wirke sich nicht auf den Selbstfinanzierungsgrad aus, und sich als Finanzapostel aufführen. Ein Zitat aus dem Postulat: „Nach unserer Ansicht braucht die Stadt Wädenswil konkretere, griffigere Regeln, um den Grundsatz des mittelfristigen Balance einzuhalten.“ Ihrer Ansicht nach brauche das Parlament aber auch Parteien, welche sich für eine nachhaltige und überlegte Steuerpolitik einsetzen würden und somit massgeblich zu einem gesunden Finanzhaushalt beitragen würden.

Christian Gross, SP, empfinde en Namen des Postulats zwar sehr verlockend, aber als ob man die Schuld einfach ausbremsen könne. Leider gebe es dazu ein paar Schwierigkeiten.

Die erste sei im Allgemeinen als “Keynesianisches Kreuz“ bekannt oder unter Indikatoreffekt. Kürze ein Staat oder in Wädenswil die Stadt ihre Ausgaben, so würden auch die Steuern sinken. Dies könnte unter Umständen bis zum sogenannten “Sparparadoxon“ gehen – man kürze und kürze und die Steuern brächen aber so schnell weg. Man müsste sich überlegen, wie man überhaupt sparen könnte. Würde es plötzlich weniger Steuereinnahmen geben, wäre der erste Effekt, dass man dringend nötige Projekte ein wenig nach hinten schieben würde. Damit spare man aber nichts, gemäss dem Grundsatz: „Aufgeschoben, ist nicht aufgehoben“. Es würde sogar vielleicht teurer werden, wenn in den Boomjahren gebaut würde. Als Beispiel könne man auch das Oberstufenschulhaus Rotweg erwähnen, welches an der letzten Ratssitzung einstimmig angenommen worden sei. Dies wäre dann gemäss einer solchen Schuldenbremse vermutlich gar nicht möglich gewesen.

Halte sich der Gemeinderat eigentlich selber für unvernünftig? Es werde immer wieder auf die tiefe Selbstfinanzierung hingewiesen, in der GRPK würden alle Konten überprüft und auch hinterfragt. Es sei also durchaus ein Kostenbewusstsein da. Dieses Verhalten würde sich mit einer Schuldenbremse nicht verändern, man würde sich einfach den finanzpolitischen Spielraum wegnehmen.

Ausserdem und als Anspielung an das "V" im Namen der postulierenden Fraktion, sei eine Schuldenbremse ein starkes Misstrauensvotum gegenüber dem Stimmbürger. Schliesslich müsste dieser über die meisten grossen Ausgaben im Endeffekt entscheiden.

Jedes Budget habe zwei Seiten – die Einnahmen und die Ausgaben. Vergleiche man dies mit Ländern, die die Schuldenbremse bereits eingeführt hätten, sehe man, dass dies meistens zu einer reinen Sparpolitik geführt habe. Er wolle nicht, dass die schöne lebenswerte Stadt kaputt gespart werde. Viel wirksamer als eine Schuldenbremse wäre langfristiges Denken für die nächste Steuerdebatte.

Eine Schuldenbremse sei eine Idee mit einem sehr verlockenden Namen, aber leider als finanzpolitisches Instrument vollkommen untauglich.

Hanspeter Andreoli, BFPW; sagt, dass dies wieder einmal ein Vorstoss gewesen sei, welcher er zweimal lesen musste und ihm es immer noch kalt den Rücken runter lief. Ausgerechnet die CVP komme mit dem Postulat für eine Schuldenbremse. Genau diese Partei, welche in der Vergangenheit praktisch bei allen Kreditanträgen mit direkten oder indirekten wiederkehrenden Kostenfolgen alles durchgewinkt habe. Es gebe etliche Beispiele, wo die CVP entgegen den Kürzungsanträgen der bürgerlichen Seite jeweils die vollen Beiträge befürwortete z.B. bei den Kinderkrippen, bei der Kulturgarage, beim Rollrasen oder wie gerade jetzt vor ca. 15 Minuten beim Theater Ticino.

Er könnte noch etliche Beispiele aufzählen aber er wolle heute keine Doppelsitzung. Es könne doch nicht sein, dass man bei den im Gemeinderat zu behandelnden Geschäften alles ohne Wenn und Aber durchwinke und am Schluss – kurz vor den Erneuerungswahlen – ein solches Postulat einreiche. Dies nenne er einen Zickzackkurs sondergleichen.

Wie stehe es so schön im Postulat: „Der CVP ist es ein grosses Anliegen, dass die städtischen Finanzen im Lot bleiben“. Ja liebe CVP, der Satz klinge gut, aber man müsste auch während der laufenden Legislatur etwas dafür unternehmen. Sie als gewählte Volksvertreter hätten die Pflicht gegenüber dem Steuerzahler, schon während behandelten Geschäften auf den Finanzhaushalt der Stadt Wädenswil zu schauen. Was ihm auch ziemlich sauer aufstösse sei die im Postulat genannte Massgrösse, dass die maximale Gesamtverschuldung nicht höher sein dürfe als der jährlich budgetierte Steuerertrag. Wenn dies so geschehen sollte, werde der Steuerfuss einfach an die Ausgaben angepasst, was die Linken ja schon lange wollten. Dies könnte und dürfe einfach nicht das Ziel eines gesunden Finanzhaushalts einer Stadt sein.

Walter Münch, FDP, möchte kurz zu dem Vorredner etwas sagen, welcher die Schuldenbremse als absolut untaugliches Instrument darstelle. Er möchte doch daran erinnern, dass es der Schweiz und dem wirtschaftlichen Umfeld momentan sehr gut ginge. Man habe eine Schuldenbremse auf Bundesebene, eine im Kanton und er habe nicht das Gefühl, dass man sich dabei zu „Tod spare“. Der Spielraum sei trotz dieser Bremse gross und es gebe keinen Grund warum Wädenswil so etwas anprangern sollte, was für die Schweiz in den vergangenen Jahren immer erfolgreich gewesen sei.

Christian Gross, SP, erwidert, dass man vielleicht auch über die Landesgrenze schauen müsste, nach Amerika, Griechenland und Spanien. Die alle hätten auch eine Schuldenbremse.

Schlussabstimmung:

Der Rat lehnt die Überweisung vom Postulat der CVP-Fraktion, vom 5. April 2013, betreffend Schuldenbremse grossmehrheitlich ab.

28.05.15/35.03

6. Postulat der FDP-Fraktion, vom 22. April 2013, betreffend Überprüfung und Vereinfachung des Systems der Nutzungsgebühren/Mieten von Vereinen resp. Unterstützung durch die Stadt; Begründung

Peter Schuppli, FDP, votiert, dass die FDP mit diesem Postulat die Transparenz in eines für die Aussenstehenden intransparenten System zur Nutzungsgebühren und/oder Mieten von Vereinen, die städtische Einrichtungen benutzen, einbringen möchten.

Nicht erst seit der Weisung zur Sanierung vom Hauptspielfeld in der Beichlen, wo es um eine finanzielle Leistung der Stadt und damit dem Steuerzahler von gegen Fr. 800'000.-- gehe, sei der Wunsch nach einer Gesamtschau vorhanden. Was aber könnte am Wunsch und Verlangen in der Öffentlichkeit und von Politiker falsch sein, in erster Linie für Transparenz zu sorgen und in zweiter Linie allenfalls Korrekturen vorzunehmen, wenn sich bei der Auslegeordnung Handlungsbedarf zeigen sollte?

Wer sich gegen die Transparenz ausspräche, setze sich dem Verdacht aus, dass er Angst und Bedenken habe, es könnten Missstände publik werden. Also warum nicht proaktiv vorgehen und sich der Anliegen der Bevölkerung stellen? Fairness sollte nicht nur eine Lippenbekenntnis sein, sondern auch dort umgesetzt und gelebt werden, wo es um Vereinsförderung, um Mieten von städtischen Einrichtungen usw. gehe. Im Umkehrschluss würde das heissen, dass, wer sich weigere, solche Auslegeordnungen vorzunehmen Mausehelei, Intransparenz und Unfairness in Kauf nähme. Wolle dies der Stadtrat im Ernst?

Würden sie aber mit ihrem Postulat offene Türen einrennen, habe der Stadtrat jetzt die Gelegenheit, das mit konkreten Aussagen und einem Zeitplan zu begründen. In diesem Fall aber könnte man auf eine weiter Schwachstelle in der Kommunikation hinweisen. Es wäre nicht der erste Vorstoss, der sich verhindern lassen hätte, wenn der Stadtrat mehr proaktiv informieren würde. Und das sollte mit einem Kommunikationsexperten an der Spitze der Exekutive ja kein Problem sein.

Je nachdem wie fundiert der Stadtrat eine allfällige Nichtbereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen begründen würde, würden sie ihren Vorstoss zurückziehen.

Stadtpräsident Philipp Kutter, dankt Peter Schuppli für die Werbung. Er und der Stadtrat hätten absolut Verständnis dafür, dass man transparent sein wollte und dass man möglichst alles objektiv mässe. Man würde oft dazu neigen, dass Konzepte möglichst umfangreich

sein müssten und genau aufzeigen sollten, was wenn wie wo passieren würde. Vor ein paar Jahren sei er auch dieser Meinung gewesen; Konzepte je grösser desto besser und je mehr objektive Kriterien desto besser. Inzwischen habe sich seine Haltung diesbezüglich aber geändert. Er würde heute Konzepte bevorzugen, welche nach dem "Kiss-Schema, Keep it short and simple" funktionieren würden. Am liebsten auf einem A4-Papier und noch besser im Kopf.

Er möchte darum an dieser Stelle nochmals erwähnen, auf was für Säulen die Vereinsförderung in Wädenswil beruhe. Grundsätzlich würden sie jeden Verein selbstständig betrachten und diese seien auch selber verantwortlich für ihre Finanzen. Die Stadt unterstütze in erster Linie die Jugendförderung der Vereine, mit den Instrumenten: IWS-Beitrag, Altpapiersammlungen und vergünstigte Mieten. Darüber hinaus könnten im Einzelfall Gesuche eingereicht werden. Auch darüber dürfte der Stadtrat dem Gemeinderat vor einigen Wochen in einem Vorstoss berichten. Ziel davon sei ein lebendiges Vereinsleben für die Stadt. Zöge er eine Gesamtbilanz, sei das Ziel erreicht. Man habe ein lebendiges Vereinsleben in Wädenswil, es laufe alles rund und vieles funktioniere nur dank der Mithilfe der Vereine.

Er bäte daher, dieses Konzept bestehen zu lassen. Natürlich bliebe bei all dem ein gewisses Ermessen, was man auch als Intransparenz verstehen könnte. Alle Verwaltungspersonen welche ihr Ermessen in eine solche Entscheidung legen müssten, würden dies nach bestem Wissen und Gewissen machen. Es griffe auch der Überprüfungsmechanismus des 4-Augen-Prinzip, bei grösseren Beträgen seien es dann sogar 14 Augen. Man würde es anhand seiner Ausführungen merken, der Stadtrat sei nicht bereit das Postulat entgegenzunehmen. Da sie der Meinungen seien, dass dies nicht mehr Transparenz schaffen würde oder mehr Gerechtigkeit herrschen würde, sondern eher eine grössere Bürokratie.

Nach der ersten Abstimmung wünscht **Hanspeter Andreoli, BFPW**, Auszählung mit Stimmenzähler.

Schlussabstimmung (mit Stimmenzähler):

Der Rat lehnt mit 19:11 die Überweisung vom Postulat FDP-Fraktion, vom 22. April 2013, betreffend Überprüfung und Vereinfachung des Systems der Nutzungsgebühren/Mieten von Vereinen resp. Unterstützung durch die Stadt ab.

10.03.20

7. Interpellation der FDP-Fraktion, 8. Dezember 2012, überwiesen am 28. Januar 2013, betreffend langfristige Kreditvereinbarungen der Stadt Wädenswil - Konsequenzen und Lehren aus dem Debakel; Beantwortung

Stadtrat Finanzen Paul Rota, führt aus, dass dies für ihn das dunkle Kapitel in den 19 Jahren im Stadtrat und 11 Jahre als Stadtrat Finanzen sei. Es habe nicht nur die Abteilung Finanzen über ein Jahr hinaus mehrere Stunden beschäftigt, sondern auch ihn selber sehr stark. Die Vergangenheitsbewältigung sei das eine, ihm scheine aber auch der Blick in die Zukunft als sehr wichtig. Sie hätten sich bemüht, bei kritischen Fragen die Vergangenheit zu

bewältigen und die Fragen zu beantworten und daher möchte er nicht mehr weiter darauf eingehen.

Er möchte ein paar Gedanken für die Zukunft teilen. Die Erkenntnisse aus diesen gemachten Fehlern sollten die Basis schaffen, dass dies nie mehr wieder passiere werde. Auch auf der strategischen Ebene müsste man in Zukunft so weit sein, dass solche Situationen in diesem Ausmass nicht mehr zugelassen würden. Die neue Crew – fast die gesamte Abteilung Finanzen sei neu besetzt worden – sei befähigt, diese Prozesse nachzuvollziehen und zu beurteilen. Diese Massnahmen hätten sich wesentlich geändert und er könne voll dahinter stehen.

Auch unter der neuen Crew habe man verschiedene Massnahmen getroffen, wovon er zwei aufzählen möchte. Das Riskmanagement sei in diesem Bereich eingeführt worden. Man habe ein IKS aufgegleist, das jetzt aktuell bei Finanzrisiken nach Priorität eingeführt werden sollte. Ebenfalls sei man daran, die Finanzierungsstrategie auszuarbeiten, welche im Herbst 2013 auf den Beinen stehen sollte. Die Aufarbeitung passiere natürlich in enger Zusammenarbeit mit der GRPK.

Der Stadtrat und die Abteilung Finanzen hätten ihre Lehren aus dem Debakel gezogen. Sie seien aber aktuell an der Optimierung der Darlehens- und Zinsgeschäfte, mit Banken und Kreditgebern im Gespräch.

Vom Grundsatz her seien alle Absicherungsgeschäfte nicht per se oder schlecht. Er glaube, wenn man die Geschäfte verstehe und sie nachvollziehbar und offen seien, sei auch heute noch ein solches Geschäft mit Zinsabsicherungen sinnvoll. Man habe vieles daraus gelernt, sei am Aufarbeiten und er würde hoffen, dass man das Vertrauen weiter fördern könnte und zusammen diese Arbeit bewältigt werde.

Peter Schuppli, FDP, bedankt sich zuerst bei Paul Rota für seine Einsicht und seine zusätzlichen Ausführungen. Es sei im Rückblick ein tristes Kapitel in der Finanzpolitik von Wädenswil. Noch nie in der Geschichte von Wädenswil habe die Stadtkasse so bluten müssen, ohne dass eine sichtbare Gegenleistung resultiert habe.

Die Ursache vom Millionendebakel, anders könnte man diesen Fall nicht bezeichnen, sei in einer fatalen Fehleinschätzung von Experten und Vertretern der Stadtverwaltung und vom Stadtrat zu suchen und zu finden. Kurz zusammengefasst: Der Finanzchef und seine engsten Mitarbeitenden hätten seinerzeit – vereinfacht ausgedrückt – langfristige Darlehensverträge mit fixen Zinskonditionen abgeschlossen. Aber statt dem erwarteten Zinsanstieg seien die Zinsen in der Folge der Wirtschaftskrise dramatisch gesunken – auf historische Tiefstände, wie man mittlerweile wüsste.

Aufgrund der damals abgeschlossenen Darlehens- und Kreditverträge, welche die Stadt mit Banken, Pensionskassen und institutionellen Anleger unterzeichnet habe, werde die Kasse noch Jahre mit hohen Zinszahlungen belastet. Wie erwähnt, die Fehleinschätzung habe den Steuerzahler Millionen gekostet.

Dies seien Fakten, unschön, ja fatal, wenn man daran denke, was man mit diesem Geld an gescheiterten Investitionen hätte realisieren können. Doch jetzt gälte es, die Lehren aus dem Debakel zu ziehen und Massnahmen zu ergreifen, die verhindern würden, dass ein zweiter, auch nur annähernd ähnliche Fälle passieren könnte.

Er danke dem Stadtrat an dieser Stelle für die ausführliche und vertiefte Beantwortung ihrer Fragen.

Zu hoffen und zu erwarten sei, dass aus dieser unrühmlichen Geschichte die richtige Lehren gezogen würden. Denn dieser Fall würde zeigen, dass nicht darüber diskutiert werden müsste, ob ein Handlungsbedarf ausgewiesen sei oder nicht – er sei es. Wie schon bei anderen Gelegenheiten erwähnt worden sei, sei vom Stadtrat auch in dieser Sache künftig eine proaktive Informationspolitik und nicht ein Aussitzen eines Schlamassels Pflicht. Sich in die Offensive zu begeben sei immer besser als aus einer Defensivposition Erklärungen und Begründungen zu liefern. Noch wichtiger sei aber, dass – so wie das der Stadtrat in Aussicht stelle – ein risikoorientiertes internes Kontrollsystem implementiert würde. Da seien sie gespannt, wie rasch das realisiert würde und wie das konkret aussehen würde.

So wie sich die Sachlage heute stelle, stecke das Controlling immer noch in den Kinderschuhen. Also Männer und Frauen im Stadtrat – er fordere sie auf, Gas in dieser Beziehung zu geben.

Eine weitere Schwachstelle, die sich offenbart habe, sei die Kommunikation innerhalb des Stadtrats. Es könne doch nicht sein, dass bei Geschäften dieser Tragweite der Gesamtstadtrat nicht vollumfänglich informiert würde, oder erst dann, wenn der Scherbenhaufen schon bestehen würde. Eine Neuordnung der Kompetenzen in der Exekutive mitsamt Informationspflicht gegenüber dem Gesamt-Stadtrat schein ein Gebot der Stunde zu sein.

Und vor allem: Vertragsabschlüsse in diesem finanziellen Umfang müssten zur Chefsache erhoben und erklärt werden. Es läge auch am Chef, dafür zu sorgen, dass die offensichtlichen Mängel in den Kompetenzen und Informationsflüsse behoben würden, und dass in der Verwaltung das nötige Fachwissen installiert würde.

An dieser Stelle könne erwähnt werden, dass – gemäss Aussage vom Stadtrat – ein Riskmanagement System für die Planung und Überwachung von der Finanzierung, das hiesse Mittelbeschaffung bereits eingeführt worden sei. Und das Ziel sei es, das Reporting speziell im Bereich Finanzen zu verbessern. Das sei grundsätzlich positiv zu werten, nur leider käme diese Massnahmen mit Blick auf den Millionenschaden einfach ein paar Jahre zu spät.

Man erlaube ihm abschliessend noch eine Bemerkung: Sollten sich bei einem zurzeit realisierten Grossprojekt wiederum bereits beträchtliche Abweichungen zum ursprünglichen Kreditrahmen ergeben haben, müsste die Öffentlichkeit unverzüglich offen und vollständig informiert werden – und nicht "häppchenweise" und etappiert. Mit Steuergeldern müsse sorgfältig umgegangen werden, wie wenn es jedem Stadtrats das eigene Geld wäre. Aber das sollte ja eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Interpellation betreffend langfristige Kreditvereinbarungen der Stadt Wädenswil - Konsequenzen und Lehren aus dem Debakel gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

33.03

8. Interpellation der GP-Fraktion, vom 28. Januar 2013, überwiesen am 25. März 2013, betreffend Seeuferweg Seeplatz - Giessen; Beantwortung

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser, gibt zu bedenken, dass man in Wädenswil auf hohem Niveau über den Seeuferweg jammere. Wädenswiler könnten ca. 4 – 5 Kilometer Richtung Zürich spazieren, in die andere Richtung ca. 2 km. Leider sei dazwischen eine kleine Lücke, welche die Grünen schon lange im Auge hätten, was der Stadtrat aber auch verstehe. Er könne versichern, dass der Stadtrat bzw. die Abteilung Planen und Bauen mit dem Kanton im Gespräch sei. Aber diese kleine Stück beinhalte leider ein paar Knacknüsse. Der Baugrund entlang des Bahngleises – zwischen der Halbinsel Giessen und dem Bahnhof – bestehe aus einem ganz labilen Grund, da dieses vor Jahren aufgeschüttet worden sei. Ebenfalls befinde sich dort die in die Jahre gekommene Hafenanlage und das Bahntrasse, welches im Eigentum der SBB sei. Ebenfalls sei der Seerettungsdienst dort angesiedelt, welcher vor nicht allzu langer Zeit ein neues Gebäude für ihre Basis erhalten hätte. All dies zusammengerechnet, ergebe relativ hohe Kosten, für dieses relativ kurze Stück.

Der Stadtrat sei aber bereits mit Abklärungen beschäftigt, allenfalls würde nach einem neuen Standort für den Seerettungsdienst gesucht und würden Überlegungen zu einer Erneuerung und allenfalls einer Verschiebung der Hafenalge gemacht. Ebenfalls würden die Kosten überprüft, da der Kanton ein wesentliches Mitspracherecht habe, da 20 Meter ab der Uferlinie Hoheitsgebiet vom Kanton sei.

Er könne aber versichern, dass sie eine gute Lösung für diese Lücke finden würde, damit man dann durchgehend von Horgen bis Richterswil am See entlang spazieren könnte. Sie blieben dran und würden den Rat um etwas Geduld bitten.

Heinz Wiher, GP, freue sich sehr über die Eröffnung vom Seeuferweg. Jetzt würden nur noch zwei Sachen fehlen, um den Seeuferweg richtig geniessen zu können; Das Wetter und die Anbindung. 80% der Wädenswiler Bevölkerung seien vom Seeuferweg abgeschnitten. Im Gegensatz zum Wetter, habe der Stadtrat bei der Lücke einiges an Möglichkeiten um diese zu schliessen. Sie seien erfreut, dass der Stadtrat bereits dran sei und entsprechend mit dem Kanton verhandle. Bis jetzt hätten sie bereits Kenntnis vom schwierigen Seegrund gehabt, dass die SBB einen schwierigen Partner für solche Gespräche sei, auch. Neu für sie seien die Schwierigkeiten der Bootsgebäude beim Hafen, es wäre aber nun der richtige Zeitpunkt gekommen diese zu erneuern.

Ein bisschen erstaunt seien sie über das Problem mit dem Gebäude des Seerettungsdienstes. Sie fragten sich, ob dort der "Stadtrat Bauen und Planen" am Werk gewesen sei. Sie hätten es gerne lieber in der umgekehrten Reihenfolge, zuerst müsse geplant und dann gebaut werden. Sie würden vom Stadtrat eine umsetzbare Lösung erwarten, keine Luxuslösung.

Er sei ein erfahrener Politiker und er habe sich immer zum Ziel gesetzt, einmal mit seinen Enkelkindern den Seeuferweg vom einen Ende zum andern ablaufen zu können. Seine Tochter würde nächstens die Matur machen, die Abteilung Planen und Bauen habe also noch etwas Zeit.

Das zweite was sie von der Stadt erwarten würden, sei die Finanzierung. Der Kanton habe ein paar Szenarien aufgezählt und gesagt, dass sich die Gemeinden am Seeuferweg beteiligen sollten im Rahmen von 20%. Dies sei in einem ähnlichen Rahmen bereits beim Teilstück Halbinsel Giessen bis Richterswil geschehen. Sie würden dies als guten Vorschlag empfinden, da die Standortgemeinden am meisten davon profitieren. Daher würden sie erwarten, dass der Stadtrat ein klares Zeichen Richtung Kanton schicke, und den Willen diese 20% zu übernehmen kundtäte.

Es gebe dann noch ein zweites fehlendes Stück Seeuferweg und zwar in der Halbinsel Au. Diese Lücke dort sei mit ihren 200 m etwa viermal kürzer als diejenige zwischen Bahnhof und der Halbinsel Giessen. Dafür hätten die Grünen vor drei Jahre eine Petition mit ein paar Hundert Unterschriften eingereicht. Der Stadtpräsident habe seinerzeit eine Antwort auf diese Petition versprochen, welche sie mit der Beantwortung der Interpellation nun bekommen hätten. Aber eigentlich hätten sie dies ein wenig anders erwartet. Denn wenn mehrere Hundert Leute ein Begehren an den Stadtrat richten würden, würden sie erwarten, dass der Stadtrat ein Grundsatzentscheid fälle und diesen auch kommuniziere. Sie hätten Verständnis dafür, dass die Stadt für solche Projekte, woran der Kanton auch beteiligt sei, nicht immer den Turbo zünden könnte, aber für die Kommunikation und die Art wie man kommuniziere, hätten sie weniger Verständnis.

Die Grünen blieben am Thema dran und sie seien sicher auch ungeduldiger, als sich das der Stadtrat vielleicht wünschen würde. Er freue sich auf den lückenlosen Seeuferweg.

Die Interpellation betreffend Seeuferweg Seeplatz - Giessen gilt als erledigt und wird abgeschlossen.

06.03.01

9. Einbürgerungen:

SARVAN Dušan, geb. 2. März 1959 in Užice (Serbien), mit seiner Ehefrau **Nada, geb. Jovancic**, geb. 27. Juli 1964 in Požega (Serbien) und der Tochter **Aleksandra**, geb. 9. Juli 1996 in Mississauga (Kanada), kanadische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, General-Werdmüller-Strasse 30

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500
Marc Lütolf

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer, fügt hinzu, dass allen soeben das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt worden sei, vorbehältlich der Genehmigung durch den Bund und den Kanton. Sie bitte sie, von den Rechten Gebrauch zu machen und sich am Wädenswiler Stadtleben zu beteiligen.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer keine Einwände erhoben.

Simona Truttmann, Sekretärin-Stv/mim